

2010-02-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die gemeinsamen Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 18.11.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit beider Gremien

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** und **Herrn Pohl, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen, gemeinsamen Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie die Beschlussfähigkeit beider Gremien festgestellt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die ausgereichten Tagesordnungen des Bauausschusses und des Wirtschaftsausschusses wurden durch deren **Vorsitzenden, Herrn Schönemann** und **Herrn Pohl** zur Beschlussfassung gestellt.

Abstimmungsergebnis

des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 8 : 0 : 0

Abstimmungsergebnis

Des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 8 : 0 : 0

3. Öffentliche Informationen

3.1. Evaluierung der Sanierungs- und Entwicklungsgebiete

Durch **Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, wurde zur Evaluierung der Sanierungsgebiete als Ausgangspunkte die jeweiligen Maßnahmebeschlüsse zu den Rahmenplänen sowie deren Fortschreibungen beschrieben. Neben den allgemeinen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Finanzierung, ging er auf die geschichtlichen Entwicklungen der Sanierungsmaßnahmen ein.

Nach der Darstellung der Sanierungsgebiete und städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen stellte er die wesentlichen Ziele und Vorteile der Instrumente der Stadtsanierung vor und erläuterte den Ablauf der Sanierungsmaßnahmen.

Anhand der Kosten- und Finanzierungsübersicht verdeutlichte Herr Schmieder die Maßnahmen für die Sanierungsgebiete Dessau-Nord, Dessau-Nordwest und "Altstadt" Roßlau und stellte die Ausgaben zu den Einnahmen dar. Weitergehend erläuterte er noch vorhandene städtebauliche Missstände und zeigte am Beispiel des Sanierungsgebietes Dessau-Nord die finanzielle Bedarfsentwicklung.

Nach der Darstellung der städtebaulichen Missstände in den Gebieten sowie der Beispiele für noch bestehende und zu beseitigende Defizite brachte er mit der Gebietserweiterung des Sanierungsgebiets Dessau-Nord und der Aufgabe bisheriger Ziele Vorschläge zur Neuorientierung und beendete damit seine Ausführungen.

Ergänzend bemerkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Wertung zeige, wie weit die Stadt vorangekommen sei und die Instrumente optimal nutze. Künftig seien die Strategien der Stadtentwicklung an den geringer werdenden öffentlichen Mitteln zu messen. Hierbei sind die Instrumente an den Stellen im Stadtgebiet zu nutzen, wo sie den größten Effekt bringen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht bekundet.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

3.2. Strategien der Stadtentwicklung

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, stellte mittels Präsentation die Strategien der Stadtentwicklung dar. Sie erläuterte die Rahmenbedingungen sowie die Bevölkerungsentwicklung und -prognosen bis 2020.

Dazu führte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung** an, dass die Stadt bereits im Jahr 2000 erhebliche Einwohnerverluste zu verweisen hatte. Entscheidende Weichenstellungen seien bereits zum damaligen Zeitpunkt notwendig gewesen. Die Probleme wurden in die Zukunft verlagert. Er versuche nun zu fokussieren und auf solche Entwicklungen zu reagieren.

Weiterführend informierte **Frau Jahn** über die Entwicklung der Leerstände, mit der Wohnbedarfsprognose 2020 auf strukturellen Überhang an Wohnflächen. Wichtig sei, das Stadtentwicklungskonzept als strukturellen Ansatz und dessen Fortschreibung als integrierte Planung über den Bausektor hinaus im Zusammenhang mit Sozialbereichen,

der städtischen Infrastruktur und technischen Infrastruktur zu verstehen. Ihre Ausführungen bezogen sich u. a. auf den Gesamtplan der städtischen Ziele und Förderstrategien, Programme und Gebiete der Stadtbauförderung sowie Investitionen. Ausblickend auf den geschätzten Förderbedarf in den Jahren 2010 bis 2016, der ca. 41 Mio. EUR umfasse und die Weiterführung der Strategien zur Konzentration auf die Innenstadt, verbunden mit dem Monitoring und der Evaluierung der Programme, beendete sie ihren Bericht.

Auf die derzeitige Situation hinweisend, ergänzte **Herr Beigeordneter Hantusch**, die Stadt verfüge über erhebliches Datenmaterial im Vergleich zur Wendezeit, doch die finanzielle Lage werde in absehbarer Zeit nicht besser. Bund, Land und Kommunen seien diesbezüglich nicht gut aufgestellt. Die schrumpfende Anzahl der Einwohner - zu rechnen sei mit einem weiteren Verlust von 10.000 bis 15.000 Einwohnern in den kommenden Jahren - haben u. a. Auswirkungen auf die Kaufkraft und Finanzkraft in Dessau-Roßlau. Dem Prozess entgegenwirkend muss die Kraft in die Innenstadt gelenkt werden, um sie erlebbar zumachen und mit notwendiger Urbanität auszustatten. Man werde einen Spagat zwischen Wünschen und Möglichkeiten vollführen müssen, da das vorhandene Geld endlich sei. Investitionen in Baudenkmäler, wie beispielsweise Räucherturm, Wasserturm oder Mausoleum bedürfen künftig des Aufwand-Nutzen-Vergleichs. Die finanzielle Sachlage der Stadt verlange Betrachtungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Mitteleinsatzes. Es werden teilweise schmerzhaft Eingriffe notwendig werden.

Um im Prozess der Beteiligung und Mitgestaltung nicht nur fachlich auch politisch mitzuwirken, ebenso um methodisch zu kommunizieren, bat **Herr Schönemann, Fraktion die Linke.Dessau-Roßlau**, das Berichtsmaterial den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Die heutige Einreichung solle Grundlage weiterer Diskussionen bilden. Nach weiterer Vertiefung seien Vorschläge zur Schwerpunktsetzung für die nächsten zehn Jahre einzubringen.

Die ausführlichen Informationen setzten sichtbare Zeichen, dass es sich hierbei um ein eminent wichtiges Thema handele und sich das Spannungsfeld weiter verschärfe, so **Herr Pohl, Fraktion der CDU**. Die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen, der Finanzmangel der Stadt, deren Einwohnerverluste sowie der Wettbewerb mit den anderen Städten seien wichtige Kriterien. Neben dem Stadtentwicklungskonzept seien die Betrachtung der Wirtschaftskraft und Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung zu betrachten. Dabei sei neben dem Dezernenten ein kompetentes Amt für Wirtschaftsförderung gefragt, um die Missstände zu beseitigen. Im Weiteren forderte er am Beispiel der Defizite in Roßlau (Zerbsterbrücke bis Luchplatz) die Fokussierung auf prioritäre Bereiche, um auch in der Außenwirkung eine positive Entwicklung zu erreichen.

Auf die Frage von **Herrn Eichelberg, Fraktion der SPD**, zum Thema Personalpolitik und den aktuell misslungenen Stellenbesetzungen verwies **Herr Schönemann**, dass Personaldiskussionen in der heutigen Sitzung zu weit führen. Thematisiert sei gegenwärtig die Problematik der Stadtentwicklung, Personalstrategien seien in einer gesonderten Beratung zu behandeln.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, merkte an, dass zu erst die Potenziale der eigenen Mitarbeiter zu prüfen seien, bevor man auf externe Kräfte zurückgreife. Das Problem sei aber der demografische Wandel, hier sei das gegensteuern durch Wirtschaftskraft nötig,

um künftig wieder vermehrt Zuzug zu erreichen. Hier müsse man intensive Diskussionen führen.

Man habe im Jahr 2001 versäumt, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, grundsätzliche Betrachtungen anzustellen sowie eine Unterlegung mit realistischen Zahlen vorzunehmen. Zwischenzeitlich ist der Fortschritt im Stadtumbau als positiv zu bezeichnen, die IBA 2010 war dabei wichtiger Katalysator. Im weiteren Prozess der Leitbilderarbeitung seien die Stärken der Stadt herauszuarbeiten und einer realistischen Betrachtung zu unterziehen. Man benötige künftig ein funktionierendes Flächen- und Grundstücksmanagement, eine stärkere Einflussnahme auf die DWG und die Entwicklung besonderer Schlüsselgrundstücke wie beispielsweise die Lange Gasse und den Kristallpalast. Die Erweiterung des Sanierungsgebietes Dessau-Nord um das Johannisviertel als Instrument zur Aktivierung der Ressourcen werde durch ihn begrüßt. Zum Thema Personalpolitik sprach er sich einerseits dafür aus, vorhandene Mitarbeiterpotenziale zu nutzen und andererseits aber auch qualifizierte, externe Neueinstellungen vorzunehmen, um frische gute Ideen einzubringen.

Die Wirtschaftsförderung wird neu und anders aufgestellt werden, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Defizite in der Qualifizierung der Mitarbeiter wurden erkannt. Die strukturellen Veränderungen hinsichtlich der Aufgabenbereiche Flächenmanagement und Projektmanagement werde man umsetzen. Darüber hinaus sei es aber wichtig in diesem Prozess über ausreichendes Datenmaterial zu verfügen und die notwendigen Konzepte aus dem Kultur- und Sozialbereich zu erstellen, um nach integrierten Planungsansätzen zu verfahren.

Den Arbeitsstil in der Verwaltung ansprechend, mahnte **Herr Schönemann** den Auftritt der Verwaltungsspitze als Team an, um sich nicht in Einzel-Profilierungen zu verlieren. Bei den Betrachtungen seien dezernatsübergreifende Bearbeitungen geboten. Wichtig sei ein städtischer Gesamtfokus unter Einbeziehung der Ortschaften. Die Stadt sollte Bestrebungen anstellen, entsprechend der Bedarfsentwicklung Alternativen zu entwickeln.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, ermunterte die Stadt, radikaler zu denken, um, wie beispielsweise wie in Dessau-Kochstedt auf Bedarfe zu reagieren. Missständebeseitigung verlange noch hartnäckiger abzureißen. Innenstadtnahe Flächenangebote bieten neue Möglichkeiten Eigentum zu bilden und steigern die Attraktivität dieser Quartiere und auch das Interesse an Dessau-Roßlau. Bei der Umsetzung der Konzepte sollte man sich auf das Wesentliche beschränken. Der Aspekt Daseinsvorsorge im Sozialbereich müsse stärker als bisher in die Bedarfsplanung einfließen.

Zum Thema Kultur wurde durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt** auf die Beschlusslage vom Mai 2009 verwiesen. Dabei wurde die Umsetzung des Konsolidierungspotentials in Höhe von 1,6 Mio. € gefordert, jedoch liegen die entsprechenden Konzepte bis heute nicht auf dem Tisch. Ohne diese Grundlagen sei eine Entscheidungsfindung nicht möglich.

In diesem Prozess müsse der Oberbürgermeister vorangehen, forderte **Herr Schönemann**. Neben der Einbeziehung der Bürgerschaft, werde eine inhaltliche Begleitung durch die Kommunalpolitik erreicht.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht bekundet.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Präsentation zum Thema "Strategien der Stadtentwicklung" wird auf Anregung des **Herrn Schönemann** als Anlage der Niederschrift beigelegt.

3.3. Investitionen in fachlicher Verantwortung des Tiefbauamtes Sachstand Prioritätenliste Vorlage: DR/IV/096/2009/VI-66

Nach Erläuterung der Inhalte der Vorlage beschrieb **Herr Pfefferkorn, Leiter Tiefbauamt**, die schwierige Haushaltslage der Stadt und Probleme der anteiligen Finanzierung, die die Verwaltung veranlassen, alternativ Lösungen zu prüfen. Dazu strebe die Stadt den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Hochschule Anhalt an, auf deren Basis u. a. ein Forschungsprojekt zum kostengünstigen Straßenausbau initiiert werden soll. Mit wissenschaftlicher Unterstützung sollen unter Inanspruchnahme von Fördermitteln Pilotprojekte realisiert werden, um vom Standardregelwerk abweichende Kosten sparende Bauweisen zu testen.

Im Komplex des Hauptverkehrsstraßennetzes sei die Finanzierbarkeit der Investitionen ein entscheidendes Kriterium für die Prioritätensetzung. Der Stadt stehen nach dem Entflechtungsgesetz für die Finanzierung des kommunalen Straßenbaus Fördermittel zur Verfügung, die einerseits in Jahresscheiben und andererseits mit dem Auslaufen des Förderprogramms 2013 begrenzt sind. Ein Ausblick auf eine entsprechende Förderung ab 2014 besteht noch nicht. Unter diesen Bedingungen wurde das Mehrjahresprogramm (2010-2013) für die Stadt Dessau-Roßlau mit der dargestellten Schwerpunktsetzung erarbeitet und dem Landesverwaltungsamt übergeben. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen, die vorrangig über die Förderung Stadtumbau Ost vorbereitet und umgesetzt werden sollen erfolgte die Erarbeitung der Prioritätenliste. In der Zwischenbilanz merkte Herr Pfefferkorn abschließend an, die Prioritätenliste stelle für die Verwaltung eine gute Ausgangsbasis dar.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke. Dessau-Roßlau**, zum aktuellen Stand in Vorbereitung der Maßnahme "Kreisell an den Sieben Säulen", welche nicht Inhalt der Vorlage sei, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass das Bauvorhaben über Sanierungsmittel Nord-West gefördert werde.

Informationen aus dem Verkehrsentwicklungsplan Dessau-Roßlau, die Ostrandstraße betreffend, gab **Herr Maurer, Tiefbauamt**. Diese Investition verstehe sich als vordringliche Maßnahme der Stadt als Bestandteil des Entlastungsstraßenkonzepts und befinde sich auf der Prioritätenliste sehr weit oben.

Die Ostrandstraße mit den Bauabschnitten Entlastungsstraße Schlachthof, Ringschluss Dessau-Nord und zweiter Muldbrücke habe in Bezug auf das Gesamtsystem noch einige Fehlstellen, einige Teilabschnitte wurden bereits umgesetzt. Sie dienen den Gewerbegebieten Waggonbau Dessau Industriepark und dem Schlachthof als innere Erschließung und wurden seinerzeit über GA-Mittel finanziert.

Zur Erreichung der städtebaulichen und verkehrspolitischen Zielsetzungen hinsichtlich der Bündelung des Quell-, Ziel- und Durchgangsverkehrs sei die Ergänzung des Straßennetzes durch die Ostrandstraße erforderlich. Ein Verzicht dieser Straßenbau-

maßnahme bedeute, dass diese Zielsetzungen nicht erreicht werden können und eine nachhaltige Entwicklung des Innenstadtbereiches hinsichtlich einer Verkehrsberuhigung dauerhaft nicht möglich sei. Mit dem Resümee, dass die Innenstadt so zu entwickeln sei, dass diese anziehend wirke und die seitens der Kommunalpolitik gesteckten Ziele in der Innenstadt durchzusetzen seien, beendete Herr Maurer seine Ausführungen.

Auf Nachfrage des **Herrn Schönemann** erläuterte **Herr Maurer** die Gründe für die Herausnahme der Trasse Walderseestraße aus dem Entlastungsstraßensystem. Die Beantwortung der Frage zur Brölwitzer Straße wurde durch **Herrn Schönemann** auf eine der nächsten Sitzungen des Bauausschusses vertagt.

Auf Grund terminlicher Verpflichtungen übergab **Herr Schönemann** die Leitung des Bauausschusses an den Stellvertretenden Vorsitzenden, **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**.

Die von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, in der letzten Stadtratsitzung geforderte Darstellung des Ablaufs der Straßenbaumaßnahmen an der B 185 in Dessau-Mosigkau nahm **Frau Jung, Tiefbauamt**, zum Anlass der Beantwortung.

Die Frage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, ob die Maßnahmen an der B 185 in Berücksichtigung der Streckenführung der B6n erfolgten, erhielt er von **Frau Jung** die bestätigende Antwort, dass eine Ausweisung im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes erfolgte.

Auf die in Anlage 4 der Informationsvorlage dargestellte Finanzierung der Ostrandstraße Bezug nehmend, stellte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, eine Kostenerhöhung gegenüber der im Februar 2009 dargestellten Gesamtausgaben, von damals ca. 13 Mio. EUR und gegenwärtig ca. 14,7 Mio. EUR, fest.

Frau Jung beantwortete die Anfrage mit der Darstellung der Kostenkalkulation unter Einbeziehung des Grunderwerbs in der Wasserstadt. Zu den Ergebnissen der Abstimmung mit dem Ministerium und der Abschnittweisen Umsetzung ergänzte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Die Nachfrage des **Herrn Pohl, Fraktion der CDU**, ob der Ausbau der Elballee in Richtung Kornhaus künftig noch vorgesehen sei, da in der Prioritätenliste Februar 2009 die Maßnahme enthalten war, beantwortete **Herr Pfefferkorn** und sicherte die Untersuchung im Rahmen des Konjunkturpaket II zu.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Anfragen oder Mitteilungen wurden nicht bekundet, so dass **Herr Pohl, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:15 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

6. Schließung der Sitzung

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde durch **Herrn Pohl, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, um 19:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 25.02.10

Hans-Werner Pohl
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus Schriftführer